

(A)

(B)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt rufe ich Tagesordnungspunkt 28 auf:

Vereinbarte Debatte

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2012

Eine Dreiviertelstunde soll debattiert werden. – Dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Das Wort für die Bundesregierung erhält der Staatsminister Michael Link.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Michael Link, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Es hat gute Tradition, dass Bundestag und Bundesregierung gemeinsam über das Arbeitsprogramm der Kommission diskutieren. Aber lassen Sie mich aus aktuellem Anlass eines vorab sagen: Ich glaube, die Tatsache, dass die griechische Umschuldung in den letzten Tagen zu einem sehr befriedigenden Anteil gelungen ist, ist etwas, was uns alle mit großer Erleichterung erfüllen sollte. Es

zeigt, dass sich die Europäische Union, insbesondere die Euro-Zone, auch und gerade gemeinsam mit dem Mitglied Griechenland als handlungsfähig erwiesen hat. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Bundesregierung ist damit außerordentlich zufrieden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Europa muss gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Deshalb müssen wir an ihren Ursachen ansetzen. Ansetzen müssen wir insbesondere an der exzessiven und undisziplinierten Staatsverschuldung, der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Staaten und der Bereinigung der grundlegenden Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Lösung dieser Grundprobleme kann nur im Aufbau einer nachhaltigen Stabilitätsunion bestehen, die von den Grundsätzen einer soliden Haushaltsführung, der europäischen Solidarität und eines engagierten Wachstumskurses getragen wird. Deshalb stellt der Fiskalpakt, den wir in den vergangenen Wochen verhandelt und beim Europäischen Rat unterzeichnet haben, einen ganz wichtigen Meilenstein dar.

Über Jahre hinweg hat Deutschland, haben deutsche Vertreter im Europäischen Rat immer wieder dafür geworben, dass wir eine europäische Schuldenbremse bekommen. Dass wir es mithilfe des Fiskalpakts jetzt geschafft haben, sie entweder in Verfassungen zu verankern oder sie in nationale Gesetzgebungen zu tragen, ist ein großer Erfolg, den wir bei allen parteipolitischen Unterschieden, die es in diesem Hause gibt und die in einer Demokratie natürlich immer zum Tragen kommen werden, nicht kleinreden sollten. Die Schuldenbremse ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU –
Andrej Hunko [DIE LINKE]: Nein!)

Der Fiskalpakt, den wir vereinbart und den die Kanzlerin, der Außenminister und der Bundesfinanzminister gemeinsam verhandelt haben, steht für einen fundamentalen Paradigmenwechsel in Europa. Er steht für die Kultur der Stabilität. Der Leitsatz lautet: Keine immer neuen Schulden, um der alten Schulden Herr zu werden. Dass es uns noch dazu gelungen ist, den Pakt in Rekordzeit zu verhandeln, obwohl wir lieber Vertragsänderungen gehabt hätten – das füge ich deutlich hinzu –, ist ein weiterer Beweis für die europäische Entschlossenheit in diesem zentralen Punkt.

Wir müssen die Probleme der Staatsverschuldung immer zusammen mit dem Wachstumskurs denken und angehen. Deshalb stellen wir auch in diesem Zusammenhang die Verbindung mit dem Arbeitsprogramm der Kommission her. Denn das Arbeitsprogramm der Kommission muss an genau dieser zentralen Frage ansetzen: Wie kann die Wachstumsfähigkeit gesteigert werden?

Was diesen Aspekt betrifft, hat die Bundesregierung Ihnen immer wieder klar gesagt – ich möchte das heute noch einmal ganz deutlich festhalten –: Wir sehen die Rolle der Kommission als Hüterin der Verträge und als Initiativgeberin. Wir stehen insbesondere zur Stärkung der Gemeinschaftsmethode, überall dort, wo die Ver-

(C)

(D)

Staatsminister Michael Link

- (A) träge sie vorsehen, und überall dort, wo in Zukunft Vertragsänderungen vorgenommen werden. Die Stärkung der Gemeinschaftsmethode ist eine Stärkung der Europäischen Union und damit auch eine Stärkung ihrer Mitglieder.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt
der Glaube!)

Das Arbeitsprogramm der Kommission ist aus der Sicht der Bundesregierung ein wichtiges Dokument. Wir haben Ihnen unsere Kommentare dazu vorgelegt. Die Stellungnahme der Bundesregierung ist Ihnen im Januar und Februar dieses Jahres in zwei Teilen zugegangen. Wir haben in dieser schriftlichen Stellungnahme auch eine Reihe von Kritikpunkten und begrüßenswerten Punkten genannt, die ich hier nicht weiter ausführen will. Ich möchte mich jetzt auf einige Kernpunkte beschränken.

Unter dem Leitmotiv Wachstum soll die Vertiefung des europäischen Binnenmarktes – das ist für uns ein Kernpunkt – zu einer tatsächlichen europäischen wirtschaftlichen Schlüsselaufgabe werden. Dieses Projekt der Kommission begrüßen wir ausdrücklich. Der Binnenmarkt bietet nämlich das größte Potenzial zur Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in allen 27 Mitgliedstaaten.

Wenn ich von Beschäftigung spreche, dann gilt das vor allem mit Blick auf die jungen Bürgerinnen und Bürger. Denn in zahlreichen Mitgliedstaaten der Union, nicht in Deutschland, gibt es Jugendarbeitslosigkeitsraten von über 25 Prozent. Diese jungen Leute fragen sich mit Recht: Was ist denn eigentlich der Mehrwert dieser Europäischen Union? Deshalb muss es im Kern immer wieder um die Frage gehen: Wie können wir die Beschäftigung steigern? Insofern begrüßen wir den Ansatz der Kommission, die jetzt vorgeschlagen hat, insbesondere die steuerliche Belastung von Arbeit zu reduzieren. Das ist ein Punkt, über den wir, glaube ich, auch über die Parteigrenzen hinweg gemeinsam nachdenken sollten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir müssen stärker in den Bereichen investieren, in denen am besten nachhaltiges Wachstum gefördert werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb muss die Strukturpolitik der EU – ich sage das bewusst mit Blick auf Debatten hier bei uns im Lande, wissend, dass es oft unterschiedliche Interessen gibt, auch mit Blick auf die föderale Konstruktion Deutschlands – kritisch überprüft werden. Entscheidend ist eine gezielte Ausrichtung der Struktur- und Kohäsionspolitik auf die Bereiche Bildung, Forschung, Wettbewerb, Innovation sowie auf die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Auch das Bestreben der Kommission, die Neuordnung der Finanzmärkte weiter voranzutreiben, verdient unsere volle Unterstützung. Die bereits angestoßenen Finanzmarktreformen sowie die für 2012 geplanten Maß-

- nahmen stellen die Antworten der EU auf die Finanzkrise dar und werden auch im globalen Kontext in Umsetzung der bestehenden G-20-Verpflichtungen dazu beitragen, die Akteure und Produkte auf den Finanzmärkten angemessen zu regulieren und streng zu beaufsichtigen, um so ein stabiles und widerstandsfähiges Finanzsystem zu schaffen. (C)

Die Bundesregierung wird weiterhin alle Maßnahmen der Kommission zur Finanzmarktreform unterstützen, sei es bei der stärkeren Regulierung von Ratingagenturen oder des außerbörslichen Derivatemarktes.

Wir unterstützen grundsätzlich auch die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionsteuer. Die Vorschläge der Kommission ebenso wie das derzeit in der Diskussion stehende französische Modell werden wir innerhalb der Bundesregierung prüfen. Klar ist aber auch, dass wir eine Finanztransaktionsteuer als eine mögliche Eigenmittelquelle für den EU-Haushalt ablehnen.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Warum haben Sie es noch nicht geprüft? Es
liegt doch schon seit Monaten vor!)

Der mittelfristige Finanzrahmen wird uns noch intensiv beschäftigen, aber nicht in der heutigen Debatte zum Arbeitsprogramm. Die Bundesregierung hat die Stellungnahme des Bundestags zum mehrjährigen Finanzrahmen zur Grundlage für die Erarbeitung ihrer eigenen Position genommen. Zum Ende der dänischen Präsidentschaft werden wir die Verhandlungsbox formulieren müssen, die dann im zweiten Halbjahr konkret wird und möglichst bereits im zweiten Halbjahr beim mehrjährigen Finanzrahmen zum Ende kommen soll. (D)

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir einige Punkte des Arbeitsprogramms der Kommission kritisch sehen. Wenn wir die Verhältnismäßigkeit eines angekündigten Vorhabens der Kommission infrage stellen oder Bedenken bei Zuständigkeitsfragen haben, benennen wir das ausdrücklich in unserer Stellungnahme. Es gehört dazu, dass wir auch das deutlich machen. Als Beispiel möchte ich die angekündigte Reform des Mehrwertsteuersystems oder auch die im Bereich der Altersvorsorge vorgelegten Vorschläge der Kommission zu den ergänzenden Rentenansprüchen von Arbeitsplatzwechslern innerhalb der Europäischen Union nennen.

Lassen Sie mich deshalb ganz grundsätzlich sagen: Die Kommission ist vor allem dann stark, wenn sie sich auf die Themen und Kernaufgaben konzentriert, bei denen tatsächlich ein Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger Europas entstehen kann. Nicht mehr Regulierung, sondern effiziente Regulierung ist wichtig. Das Initiativrecht der Kommission ist ein hohes Gut. Es sollte nicht für möglichst viele Initiativen genutzt werden, sondern für möglichst substantielle Initiativen. Diese Verantwortung muss die Kommission aus unserer Sicht ernst nehmen; denn sie hat als Inhaberin des Initiativrechts die große Verantwortung, dieses Instrument nicht inflationär, sondern sehr zielgerichtet zu nutzen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen, Frau Präsidentin. Wir möchten insbesondere, dass neben dem erwähnten Thema der Solidität in der Haushaltsführung

Staatsminister Michael Link

- (A) auch im Außenhandel der EU dieses Instrument ernst genommen wird. Mit Blick auf die europäische Nachbarschaftspolitik erwarten wir von der Kommission deutlichere und klarere Initiativen im Rahmen des vorgelegten Plans „More for more“, „Mehr für mehr“, wie ihn die Kommission nennt. Wir warten dringend auf eine Konkretisierung dieses Bereichs mit mehr Konditionalität; denn auch im Außenhandel der Europäischen Union müssen wir effizienter und stärker auftreten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Axel Schäfer hat das Wort für die SPD-Fraktion.

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme das auf, was der Kollege Staatsminister gesagt hat zum Thema „Mehr Gemeinschaft in Europa“. Die Bundesregierung kann das direkt beweisen, indem sie bei der Beratung des ESM sagt: Jawohl, das ist eine europäische Gemeinschaftsaufgabe. Das ist eine europäische Angelegenheit nach Art. 23 Grundgesetz und nicht nach Art. 59 Grundgesetz.

- (B) Deshalb korrigieren Sie Ihre Position, lieber Kollege Link. Sie haben mit der Übernahme Ihrer neuen Aufgabe, zu der ich Ihnen alles Gute wünsche, direkt den Auftrag, der wahrscheinlich von der großen Mehrheit im Parlament mitgetragen wird, dieses durchzusetzen. Glück auf dafür! Sie haben uns an Ihrer Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei den Vorschlägen der Kommission in ihrem Arbeitsprogramm ist eines, glaube ich, ganz wichtig: Die Kommission, die um ihre Rolle als zentraler Akteur innerhalb der Europäischen Union kämpfen muss, lässt sich nicht zu einem Sekretariat des Rates herabstufen, sozusagen downgraden.

Die Kommission hat sehr viele Vorschläge zu Finanzmarktregelungen, zur Finanzmarkttransaktionssteuer und zur Bankenaufsicht gemacht. Das ist eine sehr lange Liste. Allen gemein ist – es geht nicht um Details, über die wir sicherlich streiten können –, dass es sich hierbei um europäische Regeln handelt, die per Gesetz verabschiedet werden müssen. Das heißt, dies muss auf gleicher Augenhöhe zwischen dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament geschehen. Für diese Verabschiedung ist eine intensive, frühe Beteiligung der nationalen Parlamente notwendig, also gerade das, was wir im Deutschen Bundestag gemeinsam tun wollen.

Bei jedem Arbeitsprogramm der Kommission haben wir in Europa diesen Kampf auszufechten: Wird sich auf Dauer die sogenannte Unionsmethode von Frau Merkel durchsetzen, die, neben den schönen Worten von Gemeinschaft, in der Praxis immer mehr intergouvernemental sein wird, oder werden wir dieses gemeinsame Europa tatsächlich auch parlamentarisch, das heißt rich-

- tig demokratisch, stärken oder nicht? Das wird die entscheidende Frage sein. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb war es ganz wichtig, dass das Europäische Parlament bei der kritischen Bewertung des Fiskalpaktes das geschafft hat, was wir im Bundestag bisher nur erreicht haben, als es um die Beteiligungsrechte ging. Es hat nämlich einen europäischen Konsens erreicht. Ich habe die Bitte und die Erwartung an die Regierungskoalition, dass sie bei allen anstehenden Gesetzen auf einen Konsens in Bezug auf die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages im ganzen Hause setzt, wie wir das, Michael Stübgen, mit allen fünf Fraktionen in der letzten Legislaturperiode geschafft haben. Das ist Ihre Bringschuld. Wir warten darauf.

Ich glaube, wir alle sind hier offen. Die Grünen sehen das ebenfalls so, und ich glaube, das gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion. An diese Bringschuld werden wir Sie in den nächsten Tagen und Wochen erinnern; denn es kommt hier wirklich darauf an, ob der Bundestag gemeinschaftlich in der Lage ist, seine Rechte durchzusetzen, oder ob Parteitaktik und anderes die entscheidende Rolle spielen.

In Bezug auf die Arbeit der Kommission kann ich als Sozialdemokrat feststellen: Vieles von dem, was jetzt vorgeschlagen wird, teilen wir ausdrücklich. Das ist deshalb überraschend, weil die meisten Kommissarinnen und Kommissare in Europa eher der Parteifamilie der Christdemokraten oder der Liberalen angehören. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – auch die Grünen – sind hier leider noch in der Minderheitenposition. (D)

Eine Reihe von Dingen, die von der Europäischen Kommission vorgeschlagen werden, werden im Deutschen Bundestag und auch von der Regierungskoalition aber nicht so gesehen. Kollege Link, in den Bereichen, in denen es die Möglichkeit gibt, etwas europäisch zu regeln – das gilt gerade für den Bereich der Steuern, zum Beispiel bei der Mehrwertsteuer –, würde ich mir im Gegensatz zu Ihnen mehr Mut von der Kommission wünschen. Wenn wir die Chance haben, das, was bereits heute in den Verträgen steht, in Europa gemeinschaftlich zu regeln, dann müssen wir das auch anpacken. Das ist der entscheidende Punkt. Dafür braucht man als Kommission Mut,

(Beifall bei der SPD)

und man muss schauen, wie die Mehrheitsverhältnisse sind, aber der erste Schritt ist der wichtigste. Man muss damit anfangen.

Daneben wird von uns sicherlich zu Recht kritisch gesehen: Es gibt kein Stabilitätseuropa in finanzieller Hinsicht auf der einen Seite, wenn es auf der anderen Seite kein Stabilitätseuropa in sozialer Hinsicht gibt. Es gibt keine erfolgreiche einseitige Fixierung auf die Schuldenreduzierung, wenn es auf der anderen Seite nicht eine genauso starke Verpflichtung in Richtung Impulse für Wachstum, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und so-

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) ziale Nachhaltigkeit gibt. Beides gehört zusammen. Nur auf diesem Wege werden wir gemeinsam erfolgreich sein.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb werden wir sehr genau darauf achten – Sie haben ja auch von der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gesprochen –, wie das entsprechende Programm aussieht und was das in der Praxis bedeutet. Sie wissen: Das ist vor allen Dingen für Länder in Süd- und Südosteuropa entscheidend, deren Situation aufgrund einer Jugendarbeitslosigkeit von 30 bis 50 Prozent dramatisch ist. Es wird darauf ankommen, dass die Bundesregierung nicht nur am Sonntag erklärt, dass sie die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft, sondern dass sie auch von Montag bis Freitag in den konkreten Beratungen sagt: Jawohl, wir werden auch in Europa den notwendigen Weg gehen und Mittel dafür einsetzen, damit schnell etwas passiert. Wir dürfen, wollen und können uns in Europa keine verlorene Generation von Jugendlichen leisten.

(Beifall bei der SPD)

Es geht auch ein bisschen um die Selbstverpflichtung in diesem Hause. Ich glaube, es ist wichtig, dass es bei allen Delegationsreisen nach Brüssel und unseren Gesprächen dort immer eine Selbstverpflichtung sein muss, dass wir mit unseren Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament gut und eng zusammenarbeiten. Ich glaube, das hat sich in den letzten Jahren in allen Fraktionen verbessert.

- (B) Es wird aber auch darauf ankommen, dass wir auch als Parlamentarier hier sagen: Für die Handlungsfähigkeit in Europa brauchen wir eine handlungsfähige Kommission. Das hat simple und praktische Konsequenzen. Ich finde, wir sollten im Zusammenhang mit dem nächsten Arbeitsprogramm der Kommission auch darüber diskutieren, wie wir die Kommissare im Deutschen Bundestag etwas besser einbeziehen, etwa durch eine Einladung zum Meinungsaustausch und all das, was dazugehört.

Ich möchte aber noch einen Schritt weitergehen. Ich möchte anregen – der Vorsitzende des Europaausschusses, Gunther Krichbaum, ist auch anwesend –, das Experiment, das wir im Jahr 2009 auf Initiative von SPD und FDP gemacht haben, nämlich den designierten Kommissar in den Deutschen Bundestag einzuladen, zur Selbstverpflichtung der nationalen Parlamente zu machen. Günther Oettinger ist Christdemokrat – man muss auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Couleur loben können, wo dies richtig ist – und hat das damals gemacht. Er war übrigens der Einzige in Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Ich bekomme einmal Beifall von der Union. Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir müssen das in Europa auch im Rahmen unserer Möglichkeiten – Stichwort COSAC – mit voranbringen; neueuropäisch heißt das Good Practice. Wir müssen es schaffen, dass es selbstverständlich wird, dass die Kommissarinnen und Kommissare, die demnächst wieder zur

Wahl anstehen, sich vorher auch in den nationalen Parlamenten vorstellen. (C)

(Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Dadurch wird es aber Best Practice!)

Es geht nicht darum, dass wir sie auswählen, sondern um eine andere Form von Rückbindung.

Wir bekommen nur dann eine starke Kommission, wenn sie auch stark in den Nationalstaaten verwurzelt ist, und zwar im politischen Sinne für die europäische Gemeinschaft statt als spezielle Interessenvertretung des Landes. Dafür ist bekanntlich die Mannschaft und Frauenschaft im Ministerrat zuständig.

Wir müssen beim nächsten Mal die Selbstverpflichtung schaffen, dass wir eine große Zahl von Frauen in die Kommission bekommen wollen. Das wird die schwierigste Selbstverpflichtung. Ich weiß, wie es in meiner eigenen Parteifamilie ist. Ich weiß aber auch, wie weit wir schon positiv vorangekommen sind.

Es reicht nicht aus, dass wir 1982 unter Odile Quintin mit dem Gleichstellungsprogramm die Frauenbüros in der EU-Kommission erfunden haben, sondern wir müssen das auch für die künftigen Kommissionen auf allen Ebenen durchsetzen. Und wir müssen die Europäische Kommission tatsächlich aufgrund des Ergebnisses der nächsten Europawahl im EP wählen. Wir werden von der Kommission nicht verlangen können, dass sie parlamentarisch agiert, wenn wir nicht die volle Parlamentarisierung in Europa durchsetzen.

Das heißt – das ist als Selbstverpflichtung an alle in diesem Hause gerichtet –, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leisten unseren Beitrag dazu, dass die Europawahl tatsächlich eine europäische Wahl wird. Ich hoffe sehr – die Grünen haben 2004 mit Daniel Cohn-Bendit begonnen; wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden mit einem Mann oder einer Frau folgen –, (D)

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darauf sind wir gespannt!)

dass wir einen Spitzenmann oder eine Spitzenfrau aufstellen

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Frau wäre gut!)

– okay, damit bin ich einverstanden, aber bitte eine Sozialdemokratin –, damit wir es schaffen, dass derjenige oder diejenige als Spitzenkandidat hinterher im Europäischen Parlament als Kommissionspräsident oder Kommissionspräsidentin zur Wahl steht.

Wir sollten als Parlamentarier Interesse daran haben. Wir sollten, egal ob wir Regierung oder Opposition sind, kein Interesse daran haben, dass bei der nächsten Europawahl die Kommission schon vorher dadurch geschwächt wird, dass Staats- und Regierungschefs im Mai sagen, wer Kommissionspräsident wird, egal wie die Europawahl ausgeht. Nein, die Europawahl muss die Voraussetzung für die Zusammensetzung der Kommission schaffen, zumindest was den Kommissionspräsidenten oder die -präsidentin anbelangt. Nur so werden wir uns

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) parlamentarisch behaupten können. Nur so wird sich die Europäische Kommission auch gegenüber dem Rat durchsetzen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dabei bitte ich ganz herzlich auch im Namen meiner Fraktion und, wie ich sehe, auch mit Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen der Grünen um Umsetzung. Das wird die Aufgabe sein.

Ein Letztes: Wir brauchen auch noch eine Selbstverpflichtung. Jedes Jahr diskutieren wir das Arbeitsprogramm der Kommission. Wir sollten uns gemeinsam in den Fraktionen bemühen, dass wir das an noch etwas prominenterer Stelle und dann auch mit mehr Beteiligung in diesem Hause hinbekommen. Das gilt für alle.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

In diesem Sinne: Lassen Sie uns weiterhin an diesem gemeinsamen Europa arbeiten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben eine Reihe von guten Vorschlägen gemacht. Es kommt jetzt darauf an, sie umzusetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

- (B) Für die CDU/CSU hat jetzt der Kollege Detlef Seif das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Detlef Seif (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für uns ist nicht überraschend, dass das Arbeitsprogramm 2012 der EU-Kommission dieses Jahr unter dem Vorzeichen der Finanzmarktkrise und der europäischen Staatsschuldenkrise steht. Die EU-Kommission widmet sich deshalb folgerichtig in ihrem ersten Teil des Programms einem Europa der Stabilität und Verantwortung.

Letztes Jahr wurde viel auf den Weg gebracht – Staatsminister Link hat das im Einzelnen ausgeführt –: sei es das Europäische Semester, sei es der Sixpack, sei es der in diesem Jahr noch zu ratifizierende Fiskalpakt, der insbesondere die Schuldenbremse enthält. Das wird eine gute Ausgangslage sein, um zukünftig die Staatsfinanzen in Europa auf eine solide Basis zu stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich halte es auch für richtig, dass die Kommission einen Schwerpunkt auf eine weitere Regulierung des Finanzmarkts legt. Persönlich sehe ich die Einführung einer Finanztransaktionsteuer aber eher kritisch.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach! – Schlecht!)

Die Finanztransaktionsteuer hätte weder die Immobilienblase in den USA noch die dadurch verursachte Finanzmarktkrise verhindert.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Man muss schon noch mehr machen, nicht nur die Finanztransaktionsteuer! – Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist der Einstieg!)

(C)

Sie ist sicherlich ein wichtiges Instrument zur Verhinderung des Turbohandels, des Hochfrequenzhandels. Aber wir müssen hier mit äußerstem Fingerspitzengefühl vorgehen.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Dann gehen Sie aber endlich einmal vor, Herr Seif!)

Die kritischsten Ausführungen, die davon ausgehen, dass dem Finanzplatz Europa sogar bis zu 200 Milliarden Euro Wirtschaftskraft entgehen könnten, teile ich nicht. Dennoch kann sie zur Wettbewerbsverzerrung führen und auch den Finanzplatz Europa gefährden. Wir müssen ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass gerade auch die Interessen des Finanzplatzes Deutschland gewahrt bleiben.

Im zweiten Teil des Programms geht es folgerichtig um eine Union des Wachstums und der Solidarität. Die vernünftige Regulierung des Finanzmarkts sowie die Vorschriften, die die Begrenzung der Staatsverschuldung vorsehen, sind wichtig und unumgänglich. Damit lässt sich aber noch kein Wachstum generieren. Deshalb widmet sich das Arbeitsprogramm der EU-Kommission folgerichtig auch vielen Einzelmaßnahmen zur Belebung des Binnenmarktes.

Eine besondere Herausforderung ist auch für die EU-Kommission, die da im Wesentlichen mitgewirkt hat, bei den Ländern, die in Schieflage geraten sind, Wachstumsimpulse zu setzen.

(D)

Die vielfach vertretene These „Wir brauchen einen Marshallplan; dann wird sich alles lösen“ kann ich aber nicht teilen. Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg war eine völlig andere. Europa lag brach. Die Produktionsstätten waren zerstört. Vor der Haustüre gab es keinen oder kaum Wettbewerb. Der Marshallplan war ein Selbstläufer. Wir können mit dem Pumpen von viel Geld in Krisenregionen die Probleme hingegen nicht lösen. Gerade den südeuropäischen Ländern hat nach der Aufnahme in die Euro-Zone billiges Geld in großem Maße zur Verfügung gestanden. Heute wissen wir: Man hat dieses Geld nicht für Produktion genutzt, sondern überwiegend in Konsum gesteckt. Auch das war eine Mitursache für unsere Staatsschuldenkrise. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Deshalb werden uns große Worte von einem Marshallplan nicht weiterhelfen.

Die Griechen haben in den letzten Monaten viel erreicht und große Opfer gebracht. Das wissen wir alle. Ich wünsche mir, dass es den vernünftigen Kräften in Griechenland gelingt, sich durchzusetzen, und zwar dauerhaft. Vor allen Dingen wünsche ich mir, dass man die Hilfe, die wir Europäer den Griechen anbieten, tatsächlich annimmt.

Die Europäische Union kann Griechenland beim Wirtschaftsaufbau vielfach unterstützen, so zum Beispiel

Detlef Seif

- (A) durch die im vergangenen Jahr eingerichtete Taskforce, die meines Erachtens aber personell aufgestockt werden muss, um den zügigen Einsatz der bislang noch nicht abgerufenen Kohäsionsmittel von rund 15 Milliarden Euro zu ermöglichen.

In ihrem Arbeitsprogramm betont die EU-Kommission, dass sie die Rolle Europas auf der Weltbühne stärken will. Das ist richtig. Aber hier wird verschwiegen, dass das Kompetenzgerangel innerhalb der EU-Kommission und die Missachtung der Kompetenzen der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik hausgemachte Probleme sind. Hier erwarte ich eine deutliche Nachjustierung durch die Kommission. Auch die Kompetenzen der Hohen Vertreterin müssen zur Geltung kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die jüngsten Krisen haben zweifelsohne die Länder der Europäischen Union enger zusammengeschweißt. Die Europäische Union entwickelt sich zunehmend zu einer Schicksalsgemeinschaft. Gerade auch deshalb bin ich der Meinung, dass die Erweiterungspolitik der Europäischen Union zu überdenken ist. Wohin soll Europa steuern? Verstehen wir uns in erster Linie als eine große Wirtschaftsmacht oder als eine Wertegemeinschaft? Ist die EU auf dem richtigen Weg, wenn sie bei der Aufnahme neuer Mitglieder bei einzelnen Kapiteln nicht nur ein Auge, sondern sogar beide Augen zudrückt?

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wen meinen Sie denn konkret?)

- (B) – Ich vermeide es bewusst, in meiner Rede konkrete Länder zu nennen. Sie als erfahrener Europapolitiker der Grünen wissen sicherlich, warum ich das an dieser Stelle mache.

Meine Damen und Herren, ich erwarte hier Anregungen der Kommission. Ich sehe unser gemeinsames Projekt Europa in Gefahr, wenn die zukünftige Erweiterungspolitik nicht mit Vernunft und Augenmaß betrieben wird. Lassen Sie uns gemeinsam mit der Bundesregierung und der EU-Kommission daran arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat der Kollege Andrej Hunko das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Andrej Hunko (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute über das Arbeitsprogramm der EU-Kommission. Es ist symptomatisch, dass wir die Diskussion über dieses Arbeitsprogramm mehrfach verschoben haben, obwohl in der Zwischenzeit weitreichende Entscheidungen auf europäischer Ebene und hier im Bundestag gefällt wurden, die – wie der Kollege Link richtigerweise gesagt hat – einen Paradigmenwechsel in der Europäischen Union bedeuten.

(C) Ich meine unter anderem das Griechenland-Paket, das wir am vorletzten Montag in einer Sondersitzung des Bundestages verabschiedet haben. Es ist nichts anderes als ein Programm des Sozialabbaus und führt zu sozialer Verelendung in Griechenland. So wird der Mindestlohn um 22 Prozent – bei jungen Menschen sind es sogar 32 Prozent – gesenkt. Ich weiß nicht, wer die 750 Seiten, auf denen dieses Paket dargelegt wird, tatsächlich gelesen hat. Wer es aber getan hat, weiß, dass unter anderem die Gesundheitsausgaben in Griechenland auf 6 Prozent des ohnehin schrumpfenden Bruttoinlandsproduktes – bei uns dagegen sind es 11 Prozent – gedeckelt werden.

Die EU-Kommission ist in Form der Troika – zusammen mit IWF und EZB – an dem Paket für Griechenland genauso beteiligt wie an den Paketen für Portugal und Irland. Aber dazu finden wir nichts im Arbeitsprogramm der EU-Kommission, ebenso wenig wie zum sogenannten Fiskalpakt, der am vergangenen Donnerstag bzw. Freitag in Brüssel beschlossen wurde. Auch daran ist die EU-Kommission beteiligt. Es handelt sich zwar um einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen 25 Ländern, der aber die EU-Kommission einbindet. Aber auch dazu finden wir nichts im Arbeitsprogramm der EU-Kommission, genauso wenig wie zur Einrichtung des ESM, der die andere Seite der gleichen Medaille ist. Man kann sagen: Der Fiskalpakt ist die Peitsche, während der ESM das vermeintliche Zuckerbrot ist. Fiskalpakt und ESM gehören zusammen. An beidem ist die EU-Kommission beteiligt. Auch dazu finden wir nichts.

(D) Ich will trotzdem ein paar Worte zu diesem Arbeitsprogramm selbst sagen. Insgesamt ist es von der EU-2020-Strategie geprägt, einer Fortsetzung der gescheiterten neoliberalen Lissabon-Strategie aus dem Jahre 2000. Entsprechend kritisch sehen wir dieses Arbeitsprogramm.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt ein paar wenige positive Elemente, zum Beispiel den Vorschlag zur Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer.

Es gibt darin aber auch Sätze wie den folgenden – ich zitiere –:

Eine umfassende Reform der Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzmärkte hat das Finanzsystem der EU auf eine solide Grundlage gestellt.

Man fragt sich: Wo leben die Autoren denn?

(Otto Fricke [FDP]: In Europa!)

Haben sie etwa nicht den letzten Halbjahresbericht der EZB gelesen, in dem es beispielsweise heißt, dass das Finanzsystem der Euro-Zone so stark gefährdet ist wie seit 2008 nicht mehr?

Ist denn in Europa die Finanztransaktionssteuer eingeführt? Sind Hedgefonds verboten worden? Sind die Giftpapiere verboten worden? Ist das Kasino geschlossen worden? All das hat nicht stattgefunden.

Andrej Hunko

- (A) (Otto Fricke [FDP]: Haben diese Staaten aufgehört, sich zu verschulden? Ich weiß, das ist für Sie unwichtig! Mannomann!)

– Die Europäische Kommission spricht hier von der Regulierung der Finanzmärkte, und die hat eben nicht stattgefunden.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir stehen europapolitisch vor sehr weitreichenden Entscheidungen. Der Fiskalpakt ist zwar unterzeichnet worden, aber noch nicht ratifiziert. Der ESM steht vor der Verabschiedung. Meine Erfahrung mit dieser Bundesregierung ist, dass sie Argumenten sehr wenig zugänglich ist. Deswegen wende ich mich hier auch an die irische und die französische Bevölkerung:

I want to address the Irish people: You have the chance to vote on the fiscal treaty, a possibility that is denied to us here in Germany and is denied to hundreds of millions of Europeans. I appeal to you to use this opportunity wisely. Please study the fiscal treaty carefully and reject it.

(Beifall bei der LINKEN – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also, das muss auch auf Gälisch kommen! Oder Esperanto!)

Ich wende mich auch an die französische Bevölkerung. Sie hat nämlich in der Präsidentschaftswahl die Möglichkeit – –

(Zurufe)

- (B) – Jetzt werden einige hier ganz aufgeregt.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Britischer Imperialismus hier von der Linkspartei! – Lachen bei der LINKEN)

– Ja, jetzt werden einige hier ganz aufgeregt. – Die französische Bevölkerung hat bei der Präsidentschaftswahl die Möglichkeit, zumindest Sand in das Getriebe dieses Fiskalpaktes zu streuen. Ich appelliere auch an die französische Bevölkerung, sehr genau hinzuschauen, welcher Präsidentschaftskandidat welche Position dazu vertritt, und sich dagegen zu wenden, dass wir ein austeritäres und autoritäres – in Frankreich sagt man „une Europe autoritaire et austéritaire“ – Europa bekommen.

Eines ist klar – das sage ich immer am Ende –: Europa wird sozial sein, oder es wird nicht sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Otto Fricke [FDP]: Bonne chance!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Kollegin Lisa Paus das Wort.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Europäische Erneuerung“ – so lautet die Überschrift dieses Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission.

Wenn man die letzten beiden Jahre heute einmal nüchtern Revue passieren lässt, dann kommt man zu dem Schluss: Europa hat sich in den letzten beiden Jahren ganz massiv verändert; aber von einer Erneuerung war leider nichts zu spüren. Stattdessen mussten wir erleben, wie nationalstaatliche Restauration quasi aus allen Löchern dieser Europäischen Union herausgekrochen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bismarck'scher Manier mussten wir erleben, wie Regierungschefs Spaziergänge absolviert haben,

(Otto Fricke [FDP]: Da haben wir ja noch mal Glück gehabt, dass es keine Emser Depesche gibt! – Gabriele Molitor [FDP]: Was haben Sie gegen Spaziergänge?)

Verträge verhandelt haben, unterzeichnet haben.

Damit bin ich schon direkt beim Thema Fiskalpakt, meine Damen und Herren von der Koalition. Das Demokratiedefizit dieses Fiskalpaktes ist eben keine Petitesse. Die intergouvernementale Strategie der letzten beiden Jahre ist eben nicht nur ein Schönheitsfehler; damit einher geht vielmehr das Problem der Renationalisierung und der Entsolidarisierung. So droht der Grundstein, auf dem die Europäische Union gebaut ist, eingerissen zu werden. Das ist ein Problem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich möchte es ganz konkret machen. Griechenland war heute schon Thema; auch Herr Seif hat sich dazu ausgelassen. Herr Seif, die Sendung *Monitor* hat letzte Woche, sichtbar für alle Bürgerinnen und Bürger im öffentlich-rechten Fernsehen, zum Glück deutlich gemacht, dass wir eine völlig schräge Debatte führen. Der Bürger ist der Auffassung, wir hätten bereits Kosten in Milliardenhöhe gehabt und der deutsche Steuerzahler hätte in den letzten zwei Jahren für die Europäische Union geblutet. Richtig ist: Wir haben über Garantien abgestimmt, und wir sind Risiken eingegangen, aber gekostet hat uns das bisher noch nicht einen einzigen Euro. Im Gegenteil besteht die absurde Situation, dass Deutschland Krisengewinnler ist und von der aktuellen Krise profitiert. Der deutsche Bundeshaushalt ist durch diese Krise um 50 Milliarden Euro entlastet worden, weil im Gegensatz zu früher momentan lieber Bundesanleihen als die Anleihen anderer Staaten gekauft werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Andrej Hunko [DIE LINKE]: Sehr richtig!)

Dieses Land hat die Exportüberschüsse um über 50 Milliarden Euro erhöhen können,

(Andrej Hunko [DIE LINKE]: Unter Agenda 2010!)

weil sich die Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Krise verbessert hat und weil der Euro leicht abgewertet wurde. Deshalb sind 100 Milliarden Euro mehr in der deutschen Kasse und nicht weniger. Die schräge Debatte, die wir hier in Deutschland führen, ist das Produkt

Lisa Paus

- (A) Ihrer Renationalisierungsstrategie. Deswegen müssen wir damit aufhören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Andrej Hunko [DIE LINKE]: Sehr wahr!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Paus, gestatten Sie eine Frage oder eine Bemerkung?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Bitte, Herr Seif.

Detlef Seif (CDU/CSU):

Zunächst einmal haben Sie eine Meinung geäußert, die sich nicht mit der Meinung der Koalition deckt und sich nicht in Übereinstimmung mit der praktischen Politik der Koalition befindet.

(Lachen bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Frage an Sie lautet: Meinen Sie nicht, dass Europa darauf angewiesen ist, dass wir ein wirtschaftlich starkes und finanziell gut aufgestelltes Deutschland haben? Denken Sie an die EFSF. Wir müssen aufgrund unserer Stellung als Staat mit einer Triple-A-Bewertung viel mehr aufbringen als andere Staaten. Ist es also nicht gut für Europa, dass es ein starkes Deutschland gibt und Deutschland ein Schlüsselland in Europa ist?

- (B) (Dr. Rainer Stinner [FDP]: Das wollte sie doch sagen! – Andrej Hunko [DIE LINKE]: Fragen Sie mal in Griechenland!)

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Seif, das habe ich überhaupt nicht in Abrede gestellt. Aber in der Tat ist die spannende Frage, ob es für Europa gut ist, wenn Deutschland die Ungleichgewichte innerhalb der Europäischen Union weiterhin verschärft, indem sich diese Bundesregierung und die Koalition nach wie vor weigern, das Thema der Leistungsbilanzungleichgewichte in der Europäischen Union adäquat zu thematisieren und einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Länder der Europäischen Union noch stärker zusammenwachsen, anstatt dass sie weiter auseinanderdriften.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe auf das Demokratiedefizit des Fiskalpakts hingewiesen. Auch das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission unterstreicht, dass dieser Fiskalpakt nicht nur was die Demokratiefrage angeht, zu kurz greift, sondern dass er auch inhaltlich zu kurz greift. Es werden zwei Punkte angeführt, die auch wir Ihnen vortragen haben. Ich möchte somit die Kommission als Anwalt zitieren und Ihnen die Lektüre des Arbeitsprogramms ans Herz legen.

Zum Ersten finden Sie die Binsenweisheit – das führt bei Ihnen aber leider nicht zu Taten –, dass wir aus der

Krise nur herauskommen, wenn wir sparen und investieren. (C)

Zum Zweiten steht in diesem Programm, dass die Konsolidierungsanstrengungen nicht allein über Ausgabenkürzungen geleistet werden können, sondern dass auch Einnahmeerhöhungen erfolgen müssen. Deswegen müssen wir in der Europäischen Union gemeinsam Steuerflucht bekämpfen; denn das ist wegen der Liberalisierung und der Binnenmarktfreiheit national nicht mehr möglich. Wir brauchen gemeinsame Anstrengungen zur Reduzierung der Steuerflucht. Wir brauchen eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für Unternehmen, damit es keinen schädlichen Steuerwettbewerb innerhalb der Europäischen Union gibt. Wir brauchen auch Mindeststandards bei der Energiebesteuerung, und wir müssen erreichen, dass die Einführung der Finanztransaktionsteuer nicht nur in jeder Rede vorkommt, sondern dass diese Steuer endlich Realität in der Europäischen Union wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Haltung der FDP in der Debatte um die Finanztransaktionsteuer ist besonders unerträglich. Ich will den disparaten Chor der Einzelstimmen nicht wiederholen.

(Lachen des Abg. Holger Krestel [FDP])

Auch Herr Seif hat sich ja diesbezüglich heute noch einmal geäußert. Ich möchte an dieser Stelle nur eines sagen: In diesem Hause gibt es zumindest für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer, werte CDU/CSU, eine Zweidrittelmehrheit; das wissen Sie. Für den Fiskalpakt gibt es die Zweidrittelmehrheit in diesem Hause bisher noch nicht. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Krichbaum, Sie sagten, die Grünen hätten vielleicht ein Problem, weil alle anderen Grünen in der Europäischen Union zustimmen würden; deshalb könnten wir nicht anders. Diesbezüglich kann ich Sie informieren, dass das nicht der Fall ist.

(Otto Fricke [FDP]: Sind Sie nicht für den Fiskalpakt?)

Es wäre eher umgekehrt. Wenn wir Grüne zustimmen würden, dann wären wir mit den finnischen Grünen die Einzigen und somit in der Minderheit. Es geht also um Anstrengungen Ihrerseits. Draußen versteht kein Bürger und keine Bürgerin, warum die Finanztransaktionsteuer in der Europäischen Union nicht endlich kommt. Deswegen wollen wir mit Ihnen darüber reden, ganz konkret, dass die Devisen mit einbezogen werden und dass die Derivate mit einbezogen werden. Wir brauchen konkrete Verabredungen zur Finanztransaktionsteuer im Rahmen der Fiskalpaktdebatten hier im Deutschen Bundestag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Abg. Otto Fricke [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Lisa Paus

- (A) „Nicht nur sparen, auch investieren“, das kommt in den Sonntagsreden der Bundeskanzlerin inzwischen vor; konkret gibt es dazu gar nichts, Geld sowieso nicht. Ich würde trotzdem Ihren Blick noch einmal auf das Arbeitsprogramm richten wollen. Das Arbeitsprogramm gibt zumindest Hinweise auf die zentralen Wachstumsfelder, die erst einmal noch keinen zusätzlichen Euro kosten.

In der Energiewende und der Energieeffizienzrichtlinie – das sind zwei Beispiele, die ich nennen will – steckt richtig Wachstumspotenzial. Was machen Sie? Sie blockieren! Zur Energieeffizienzrichtlinie gibt es keine Meinung dieser Koalition. Die Umsetzung würde jeden Privathaushalt in der Europäischen Union um 1 000 Euro entlasten und 2 Millionen Arbeitsplätze schaffen. Das nur als ein Beispiel. Deswegen: Geben Sie sich zumindest an dieser Stelle einen Ruck für mehr Zukunft in Europa!

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Karl Holmeier für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Gabriele Molitor [FDP])

Karl Holmeier (CDU/CSU):

- (B) Sehr verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hört man jetzt von hier bis nach Bayern!)

„Europäische Erneuerung“ – so lautet der Titel des diesjährigen Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission. Ein solcher Titel klingt überaus vielversprechend, und er weckt auch große Erwartungen.

Für uns als Parlamentarier ist dieser Titel daher zugleich aber auch eine große Verpflichtung. Denn seit wir uns als nationales Parlament mit dem Vertrag von Lissabon neue Rechte im europäischen Gesetzgebungsprozess erkämpft haben, sind wir natürlich auch in der Pflicht, uns frühzeitig aktiv mit den anstehenden europäischen Themen auseinanderzusetzen. Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission stellt hierfür den Auftakt dar. Es kann daher in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ich möchte an dieser Stelle gern auf einige mir besonders wichtig erscheinende Punkte dieses Programms eingehen.

Wie wir schon öfter gehört haben, liegt der Schwerpunkt des Programms auf der Schaffung von Stabilität und Wachstum.

Meine Damen und Herren, wir brauchen ein Europa, das wirtschaftlich und finanzpolitisch auf festen Füßen steht, ein Europa der Verantwortung, das sich gerade wegen seiner Stabilität auch Solidarität leisten kann. Dabei

müssen wir Schuldenabbau auf der einen Seite und Wachstum auf der anderen Seite miteinander in Einklang bringen. Hier sind mir die geplanten Maßnahmen des Arbeitsprogramms der Kommission zum Schuldenabbau ein wenig zu einseitig. Die Europäische Kommission will hauptsächlich die Einnahmeseite erhöhen und vernachlässigt zu stark die Ausgabenseite. Daran muss sich etwas ändern; denn die Wachstumsagenda muss mit einer echten Konsolidierung einhergehen.

Dass dies kein Widerspruch ist, zeigt das Beispiel Deutschland. Wir sind trotz massiver Sparanstrengungen die Wachstumslokomotive in Europa. Gott sei Dank haben wir ein starkes Deutschland, und dies, meine Damen und Herren, liegt sicherlich an der guten und erfolgreichen Politik der christlich-liberalen Regierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Kritisch anmerken muss ich auch, dass es die Europäische Kommission offenbar nicht lassen kann, in immer wiederkehrenden Abständen nach einer eigenen Steuer als EU-Eigenmittel zu streben; nun über die Finanztransaktionsteuer, die wir und auch ich im Grundsatz sehr begrüßen. Die Forderung nach einer eigenen europäischen Steuer weisen wir aber ebenso hartnäckig zurück, wie sie von der Kommission erhoben wird.

Sehr zu begrüßen ist die Absicht, die Mindestdauer öffentlicher Konsultationen im Anschluss an einen Kommissionsvorschlag um vier Wochen zu verlängern.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Holmeier, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Sarrazin?

Karl Holmeier (CDU/CSU):

Gern.

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Kollege Holmeier, Sie wissen, dass ich ein großer Freund vieler europäischer konservativer Parteien bin, in vielen Bereichen insbesondere ein großer Anhänger der Politik der polnischen Konservativen von Ministerpräsident Tusk. Jetzt haben die polnischen Konservativen eine ganz andere Position als Sie. Sie sind nämlich für die Finanztransaktionsteuer, und zwar ausdrücklich als europäisches Eigenmittel, weil sie finden, dass es den polnischen Interessen widerspricht, wenn nachher polnische Unternehmen über den Finanzplatz Frankfurt sozusagen zum deutschen Steueraufkommen beitragen.

(Otto Fricke [FDP]: Wie geht das denn?)

Deswegen frage ich Sie hier, ob die Linie der Bundesregierung, die Finanztransaktionsteuer als europäisches Eigenmittel zu verhindern, nicht letztlich erstens dem gemeinsamen Interesse, dass sich möglichst viele Staaten daran beteiligen, schadet und zweitens auch den Interessen der polnischen Konservativen diametral entgegensteht.

(A) **Karl Holmeier** (CDU/CSU):

Das ist die Meinung der polnischen Partei. Wir haben natürlich eine andere Meinung. Wir sind dafür, dass Europa keine eigene Steuer bekommt.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Wollen Sie jetzt eine Transaktionssteuer, oder nicht?)

– Ja, aber als deutsche Steuer. Wir wollen nicht, dass das eine europäische Steuer wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dass die Mindestdauer öffentlicher Konsultationen um vier Wochen verlängert wird, habe ich schon angesprochen. Dies ist angesichts der Fülle und Komplexität vieler Vorschläge positiv zu bewerten und fördert unser aller Ziel, Europa bürgernäher zu machen.

Als Kommunalpolitiker, der ich noch immer bin, freut es mich natürlich besonders, dass unsere Forderungen nach Bürokratieabbau auf europäischer Ebene nun wenigstens im Ansatz Gehör gefunden haben. Ich sage aber ganz klar: Hier geht noch mehr. Unser ehemaliger bayerischer Ministerpräsident Edmund Stoiber hat zwar schon einiges erreicht, aber es muss noch mehr möglich sein.

Erfreut habe ich auch das Ziel zur Kenntnis genommen, einen integrierten, wettbewerbsfähigen und benutzerfreundlichen europäischen Zahlungsverkehr zu schaffen. Hier hat der Deutsche Bundestag mit seinem Entschließungsantrag aus dem letzten Jahr zur SEPA-Verordnung einen überaus wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass nun die vom Rat verabschiedete Verordnung tatsächlich nutzerfreundlich geworden ist. Danach sah es am Anfang gar nicht aus. Das ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie wichtig es ist, sich frühzeitig mit den europäischen Themen zu befassen und insofern auch das Arbeitsprogramm der Kommission sehr ernst zu nehmen.

(B) Abschließend möchte ich als Berichterstatter für den Güterkraftverkehr im Verkehrsausschuss gern noch etwas zu diesem Thema sagen. Es freut mich, dass die Kommission einen Bericht vorlegen möchte, der die Lage auf dem Güterkraftverkehrsmarkt analysiert. Das erscheint mir sehr wichtig und auch dringend notwendig.

Wenn ich jedoch im Programm lese, dass gleichzeitig ein neues Legislativpaket für den Zugang zum Güterkraftverkehrsmarkt und zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers vorgelegt werden soll, dann erscheint mir das positiv zu sehende Bestreben einer vorgeschalteten Analyse etwas unglaublich. Vielleicht sollte man hier strategisch etwas klüger vorgehen, den Bericht zunächst abwarten und ihn sich dann in Ruhe anschauen.

Wenn ich dann noch lese, dass Spediteure in die Vorschriften über den Zugang zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers einbezogen werden sollen, bestätigt das meinen Eindruck, dass hier häufig Vorschriften von Leuten gemacht werden, die von der Praxis wenig Kenntnis haben.

(Lachen bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Sehr positiv hingegen sehe ich die Pläne zur Schaffung eines einheitlichen Rahmens für die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren. Auch die Überlegungen zur Einbeziehung leichter Nutzfahrzeuge und gegebenenfalls auch einer Pkw-Vignette finden meine vollste Unterstützung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man sieht, welche Tragweite dieses Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission hat. Ich denke, das Beispiel SEPA zeigt, wie wichtig es ist, sich frühzeitig einzubringen. Wenn wir alle das gemeinsam ernst nehmen, dann haben wir gute Chancen, die von der Europäischen Kommission in Angriff genommene „Europäische Erneuerung“ zu schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin Stefanie Vogelsang für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Stefanie Vogelsang (CDU/CSU):

Frau Präsidentin, herzlichen Dank. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Am Ende dieser Debatte bleibt nicht mehr auf viele Punkte aufmerksam zu machen. Ich denke, die wesentlichen Dinge sind schon angesprochen worden.

(D)

Ich möchte noch einmal das Arbeitsprogramm der Kommission mit den vier Bestandteilen, in denen es aufgelegt ist, würdigen. Ich möchte meinen Schwerpunkt auf den zweiten Bestandteil legen, und zwar auf die Freisetzung von Wachstumskräften und Solidarität. Ich möchte ganz konkret zwei Punkte aus dem Bereich der Gesundheitsforschung, nämlich insbesondere die Stärkung des Wettbewerbs – nicht aus Selbstzweck, sondern im Hinblick auf die Qualität der Versorgung der Menschen in der Europäischen Union –, ansprechen.

Mir ist wichtig, am Anfang eines deutlich zu machen: Wir sind in unserer Strategie zum Aufbau der Europäischen Union nicht davon ausgegangen, dass wir uns als Völker einfach zusammenschließen, sondern unsere Botschaft war von Anfang an auf eine Friedens- und eine Wertegemeinschaft gerichtet. Ich glaube, dass es auch Aufgabe der Europäischen Kommission in diesem und im nächsten Jahr sein muss, Werbung bei den Menschen in den europäischen Ländern dafür zu machen, dass wir solidarisch miteinander für diese europäische Wertegemeinschaft eintreten und dass wir als europäische Völker auch den jeweiligen anderen Völkern Vertrauen entgegenbringen.

Ich glaube, die Diskussion um die Staatsschuldenkrise in den unterschiedlichen Ländern innerhalb Europas zeigt, dass jedes Land einen anderen Schwerpunkt setzt. In Deutschland reden wir über die Belastung des deutschen Steuerzahlers. In Griechenland wird über die

Stefanie Vogelsang

- (A) Art und Weise geredet, wie die Menschen dort eingeschränkt werden. In Frankreich wird der Schwerpunkt auf den einen Bereich und in anderen Ländern auf andere Bereiche gelegt.

Im Mittelpunkt unserer Philosophie und unseres Gedankenganges steht, dass die Europäische Union der Garant für einen Wertekanon Europa ist. Die Europäische Union ist nur möglich, wenn alle zusammenhalten und sie innerhalb der Bevölkerung akzeptiert wird, das heißt von den Eliten, aber natürlich auch von den einfachen Menschen in den Ländern. Dies kommt mir etwas zu kurz. Ich bitte herzlich darum, dass wir in Deutschland oder in den unterschiedlichsten Ländern, die wir auf Delegationsreisen besuchen, unser Augenmerk auf diesen Aspekt legen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vertrauen der Völker untereinander liegt also im Interesse des gemeinsamen Wertekanons und auch im Interesse des gemeinsamen Wohlstandes.

- (B) Block zwei des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission ist ausgerichtet auf die Unterstützung der Kräfte des Binnenmarktes, auf das Freilegen von Wachstumskräften. Das wird nicht aus Selbstzweck gemacht. Es geht in der Europäischen Union oder in unseren Debatten nicht darum, aus Selbstzweck diesen Wachstumskurs zu formulieren und aus Selbstzweck die einzelnen Meilensteine zu setzen. Es geht ausschließlich darum, den Wohlstand und die Lebensqualität aller Menschen, die in Europa zusammenleben, zu stabilisieren, zu mehr und auf einem hohen Stand zu halten. Deswegen sind alle Maßnahmen, die im Binnenmarkt Wachstumskräfte freisetzen, von allerhöchstem Interesse für jedes einzelne Mitglied der Europäischen Union.

Wir haben vor zwei Jahren im deutschen Parlament, als die Debatten über Griechenland begannen, aus der CDU/CSU-Fraktion heraus unsere Regierung aufgefordert, eine Diskussion über die Gläubigerbeteiligung beim Schuldenschnitt und über die Staatshaushaltskrise in Griechenland zu führen. Wir haben unsere Regierung beauftragt, über eine Gläubigerbeteiligung in den europäischen Gremien zu sprechen. Heute, wenn ich es richtig gesehen habe, hat die griechische Regierung mitgeteilt, dass sich nahezu 90 Prozent der privaten Gläubiger am Schuldenschnitt beteiligen. Ich finde, das ist ein eindrucksvolles Zeichen erfolgreicher deutscher Europapolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen sehe ich das sehr, sehr positiv.

Ich würde gerne einen Übergang formulieren, aber weil mir das nicht gelingt, mache ich lieber einen Schnitt: In dem Arbeitsprogramm der Europäischen Union stehen 127 einzelne Maßnahmen. Mir kommt es dabei auf einen einzelnen Punkt an, nämlich auf die Schaffung eines einheitlichen Zugangsmarktes für innovative Medizinprodukte und innovative Produkte aus dem Bereich der Gesundheitsforschung. Ich glaube, es

ist nicht positiv, weder für die Kraft des Wachstums noch für die Versorgung der Menschen mit diesen wichtigen gesundheitsfördernden Gütern, dass wir 20 verschiedene Zulassungsverfahren mit ganz unterschiedlichen Kriterien für den Zugang zu unseren Gesundheitsmärkten haben. Ich denke, eine Vereinheitlichung muss das Ziel sein. Mit diesem Anliegen, dass alle Menschen in Europa medizinisch gleich gut versorgt werden, möchte ich schließen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

(C)

(D)

